

Opposition macht sich Tabery-Kritik zu eigen

Neubau auf Rathausplatz: CDU hält am beschlossenen Verfahren fest

Von Rainer Klöfkorn

BREMERVÖRDE. Die Rotenburger Planungsgemeinschaft Nord (PGN) und die Bremer Specht-Gruppe konnten sich nach der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am Dienstag freuen: Trotz erheblicher Kritik vor allem am Genehmigungsverfahren wich die CDU nicht von der einmal eingeschlagenen Richtung ab. Mit vier gegen zwei Stimmen empfahl der Ausschuss dem Stadtrat, die zuvor stets von allen Fraktionen einstimmig beschlossene Planung des Wohn- und Geschäftshauses auf dem ehemaligen Kammann-Areal weiter zu verfolgen. Die Vertreter von SPD und Grüne/FDP/Linke stimmten dagegen.

Die Fronten waren von Beginn an klar: Die überwiegende Zahl der Zuhörer in den voll besetzten Reihen des Rathaussaales stand hinter Lothar Tabery. Der Bremervörder Architekt, der als beratendes Mitglied dem Ausschuss angehört, gilt als heftigster Kritiker der Planung.

Ohne eine Wortmeldung verfolgte dagegen PGN-Geschäftsführer Norbert Behrens die Debatte über sein Vorhaben, das er gemeinsam mit der Bremer Specht-Gruppe realisieren möchte. Dass der Rotenburger vor der Einwohnerfragestunde ging, in der zum Abschluss der Sitzung Bürger ihren Unmut über die Planung äußerten, sei bei etlichen

Bremervördern auf Kritik gestoßen, so ein Zuhörer später.

In den Wortmeldungen wurde weniger Kritik am geplanten Gebäude geäußert, als vielmehr ein grundsätzliches Unbehagen und Misstrauen gegen das Vorgehen der Investoren, der Stadtverwaltung und der CDU-Mehrheitsfraktion. Die Opposition schloss sich an. Berit Nießen-Hohmeyer von der SPD: „Ich habe gelernt in Bremervörde: Es wird viel erzählt, danach werden die Dinge abgeändert und nichts findet so statt, wie es besprochen wurde.“

Die CDU-Fraktion ließ jedoch keine Änderung am Verfahren zu. Mit vier gegen zwei Stimmen lehnten ihre Mitglieder es ab, das

vor einem halben Jahr einstimmig vom Verwaltungsausschuss beschlossene verkürzte Verfahren aufzuheben. Es bleibt beim vereinbarten Zeitplan: Nach einer Auslegungsfrist von vier Wochen entscheiden der Verwaltungsausschuss und der Stadtrat über die während dieser Zeit eingegangenen Einwände und Bedenken von Behörden und Privatpersonen gegen die Änderung des Bebauungsplanes.

Der Eilantrag von Lothar Tabery, das Verfahren zu verlängern und eine weitere Diskussion über Inhalte der Bebauungsplanänderung abzuwarten, scheiterte an formellen Gründen. Eilanträge könnten nur in einem Gremium gestellt werden, das entscheide und nicht Empfehlungsbeschlüsse treffe wie der Ausschuss, so Bürgermeister Detlev Fischer (CDU). Mit vier gegen zwei Gegenstimmen wurde Taberys Antrag abgelehnt.

Schon diese Abstimmung stieß bei vielen Zuhörern auf hörbare Empörung. Sie wie auch die Opposition bezweifelten, im Verlauf des beschleunigten Verfahrens genügend Einfluss auf das Bauvorhaben nehmen zu können. Nach Ansicht von Tabery sei dies jedoch notwendig, um das mit dem Bauvorhaben gewünschte Ziel – die Aufwertung des Rathausplatzes – zu erreichen.

Das von der Politik beschlossene beschleunigte Verfahren beschneide die Bürger in ihrer Möglichkeit, Stellungnahmen abzugeben. „Das sollte man offen sagen“, so der Architekt, der seine bereits bei einer Veranstaltung des Kultur- und Heimatkreises vorgetragenen fachlichen Bedenken wiederholte. Dazu gehört unter anderem die Höhe des geplanten Gebäudes (bis zu 16,50 Metern) sowie die Anordnung von Baugrenzen und Baulinien.

Der Bürgermeister sicherte zu: Nach der öffentlichen Auslegung



Rund 100 Zuhörer verfolgten am Dienstagnachmittag im Bremervörder Ratssaal die von Fridtjof Schröter (CDU) geleitete Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses.



des Bebauungsplanes werde über alle eingegangenen Bedenken und Anregungen gesprochen, ehe der Stadtrat im August abschließend entscheide. „Ohne uns geht nichts“, sagte Fischer. Das sei auch dem Investor klar, der laut dem Bürgermeister die bisherigen Planungen bereits teilweise verändert habe. So werde der Farbton der Klinkersteine dem benachbarten Rathaus angepasst und das geplante Parkdeck zu den Akten gelegt. Stattdessen soll eine Tiefgarage unter dem Rathausplatz gebaut werden. Die Kosten übernehme der Investor, fügte Fischer hinzu.

Kritisch sah Tabery dagegen, dass nicht ein Konzept für den gesamten Rathausplatz aufgestellt werde. Dass „jeder etwas für sich entwickelt“, widerspreche den Regeln der Stadtentwicklung. Die Stadt wäre auch gut beraten, eine Arbeitsgruppe mit auswärtigen Fachleuten einzusetzen, die sich mit den Kernproblemen auseinandersetzen könne. Für diese Forderungen spendeten die Zu-

hörer Applaus.

Das jetzige Vorgehen sei schwierig nachvollziehbar für die Bevölkerung, unterstützte Nießen-Hohmeyer Tabery. Die SPD-Fraktion fordere von der Stadtverwaltung Akteneinsicht: Es gebe immer neue Fakten, die Politik und Öffentlichkeit vorenthalten würden. Auch Leonard Fischer (Grüne) und Thorsten Wruck (WG Pro Bremervörde) sprachen sich angesichts der Wichtigkeit des Vorhabens dafür aus, mehr Zeit auf Diskussionen zu verwenden.

Die CDU wiederum sah es an der Zeit, jetzt mit der konkreten Bürgerbeteiligung zu beginnen. Der Investor, der immerhin 15 Millionen Euro in Bremervörde investieren möchte, habe im Vertrauen auf die bislang stets einstimmig erfolgte Zustimmung aller Fraktionen sein Projekt weiter entwickelt. Und es sei doch zweifellos im Sinne der Stadt, anstelle der „Ruine“ (Stefan Detjen) ein neues Gebäude auf dem Rathausplatz zu erhalten.

Zum Abschluss nahmen viele Einwohner die Fragestunde zum Anlass, Kritik zu äußern und nach Vorstellungen für das Gesamtbild des Rathausplatzes zu fragen. Die Stadt orientiere sich am 2015 aufgestellten Rahmenplan, antwortete Fischer. In den nächsten Wochen sei abzuwägen, inwieweit die Stadt den Vorstellungen des Investors entgegenkomme oder nicht. Beide Seiten müssten Kompromisse machen, damit am Ende eine vernünftige Lösung für das Kammann-Grundstück stehe. Zu Beginn hatte Fischer mitgeteilt, dass die gegenüberliegende Seite des Rathausplatzes als neuer Standort für die Sparkassengeschäftsstelle im Gespräch sei. „Lasst uns positiv an die Sache rangehen“, forderte der Bürgermeister zum Abschluss die Zuhörer auf. Dafür gab es sogar vereinzelt Applaus. Ob es an seinen Aussagen lag oder an der Freude darüber, endlich den heißen Vorsommernachmittag draußen genießen zu können, bleibt dahingestellt.



PGN-Chef Norbert Behrens (links) ist Zuhörer der Debatte zwischen Bürgermeister Detlev Fischer (stehend) und Architekt Lothar Tabery (rechts) – wie auch die Ausschussmitglieder Manfred Müller (Zweiter von links) und Leonard Fischer (Zweiter von rechts).

Fotos: Klöfkorn